

d·i·e

Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute

Burundi – am Rande des Abgrunds?

Von Karina Mroß,
*Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik (DIE)*

Die aktuelle Kolumne

vom 01.06.2015

Burundi – am Rande des Abgrunds?

Bonn, 01.06.2015. 100.000 Flüchtlinge, mindestens 20 Tote, ein gescheiterter Putschversuch und verschobene Parlamentswahlen – es ist selten ein gutes Zeichen, wenn ein kleines, geopolitisch unbedeutendes Land in deutschen Medien erwähnt wird. Bislang als Erfolgsgeschichte der Friedenskonsolidierung gefeiert, lässt die Situation in Burundi derzeit nichts Gutes erahnen. Obwohl der Putschversuch fehlschlug, kommt das zentralafrikanische Land nicht zur Ruhe – im Gegenteil: die Unruhen nehmen an Intensität zu. Die Proteste wurden von der Absicht Präsident Pierre Nkurunzizas ausgelöst, bei den für den 26. Juni angesetzten Präsidentschaftswahlen für eine dritte Amtszeit zu kandidieren.

Derzeit überschlagen sich besorgte Stimmen und Kritik von diplomatischen Missionen. Die finanzielle Wahlunterstützung wurde teilweise gestoppt; Belgien, Frankreich und die Niederlande haben ihre Kooperation im Sicherheitssektor eingestellt. Doch warum haben Burundis internationale Partner nicht früher entschiedener reagiert? Ein wichtiger Faktor war Priorisierung von Stabilität, die das internationale Engagement geprägt hat. Angesichts des verheerenden Bürgerkriegs und des beschwerlichen Friedensprozesses verständlich, waren sie mehr damit beschäftigt, das zu bewahren, was sie als Stabilität wahrnahmen – anstatt Mängel im Demokratisierungsprozess zu adressieren. Doch diese Strategie schwächte die junge Demokratie und ließ Pfadabhängigkeiten entstehen, die die Möglichkeiten weiterer Demokratisierung einschränken. Die aktuelle Krise zeigt, welche Wirkungen dies nicht nur für die Demokratie, sondern auch für die Stabilität selbst haben kann. Die Monopolisierung der Macht, die durch ein mögliches drittes Mandat von Pierre Nkurunziza deutlich wird, könnte das Land erneut in Gewalt abrutschen lassen.

Es war für Burundi nicht einfach, seine gewalttätige Vergangenheit zu überwinden – über ein Jahrzehnt Bürgerkrieg mit über 300.000 Toten, der die Gesellschaft tief gespalten zurückließ. Doch verglichen mit anderen Bürgerkriegsländern hat Burundi im vergangenen Jahrzehnt bemerkenswerte Fortschritte gemacht. Die Rebellengruppen sind demobilisiert und in die reformierten Sicherheitsdienste eingegliedert. Bis vor kurzem schien sich das Land erfolgreich stabilisiert zu haben. Parallel zum Friedensprozess begann 2005 die erneuerte Demokratisierung vielversprechend: die Bevölkerung billigte mittels Referendum eine neue Verfassung und eine Reihe von Wahlen wurden erfolgreich abgehalten. Die größte Rebellengruppe, CNDD-FDD, trat bei den Wahlen 2005 als politische Partei an, gewann eine klare Mehrheit und bildet seitdem die Regierung.

Die Demokratisierung wurde jedoch bald von zunehmenden autoritären Tendenzen von Präsident Pierre Nkurunziza und seiner Regierungspartei überschattet, die die Macht zu monopolisieren versuchten und dabei auch auf Einschüchterung und Repression setzten. Die Wahlen von 2010 verschärften diese Tendenzen weiter. Obwohl sie auch von internationalen Beobachtern als überwiegend frei und fair bewertet wurden, stellten sie ironischerweise einen herben Rückschlag für die Demokratisierung dar. Als die wichtigsten Oppositionsparteien bei den Kommunalwahlen eine vernichtende Niederlage erlitten, erhoben sie Betrugsvorwürfe und boykottierten die folgenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Auf diese Weise bescherten sie der amtierenden Partei einen Erdrutschsieg, den diese zur weiteren Machtkonsolidierung und Zerschlagung der Oppositionsparteien nutzte.

Die internationale Gemeinschaft hat in Burundis Friedensprozess eine Schlüsselrolle gespielt, jedoch versäumt, rechtzeitig auf diese autoritären Trends zu reagieren. Ihr diplomatisches Engagement war für den Abschluss jedes der zahlreichen Friedensabkommens maßgeblich. Sobald sich die Situation stabilisiert hatte, unterstützten die internationalen Partner den Friedens- und Demokratisierungsprozess auf allen Ebenen, nicht zuletzt indem sie 50 % des Staatshaushalts übernahmen. Doch sie haben ihre politischen Druckmittel nicht genutzt, um auf die undemokratischen Manöver der herrschenden Partei mit klaren und eindeutigen Signalen zu reagieren. Auf diese Weise haben sie nicht verhindert, dass sich das Land auf einen Weg begab, der schließlich zur aktuellen Situation führte, in der es einer demokratisch legitimierten, aber zunehmend autoritären Regierung gelang, die bereits schwächliche Opposition weiter zu schwächen. Durch den frühen Nachweis, dass autoritäre und repressive Tendenzen nicht akzeptiert werden, hätte die internationale Gemeinschaft (von deren finanziellen Beiträgen nahezu alle nationalen Politiken abhängen) verhindern können, dass die Entwicklung eine derart ungünstige Wendung nimmt.

Für Burundi mag der Ruf für frühzeitiges Handeln zu spät kommen – doch in ähnlichen Fällen sollte die internationale Gemeinschaft berücksichtigen, dass die Priorisierung von Stabilität auf Kosten der Einhaltung demokratischer Normen nicht nur unmittelbar negative Wirkungen für die Demokratie hat, sondern langfristig auch die Stabilität gefährden kann. Daher müssen internationale Partner, die entsprechende Prozesse unterstützen wollen, Frieden und Demokratie schrittweise und parallel fördern – auch in einem instabilen Kontext.